

Vorlage Nr.: 2026/0237

Eingang: 24.03.2026

Förderung einer nachhaltigen Ernährungswende durch die Plant Based Treaty-Initiative in der Stadt Karlsruhe

Interfraktioneller Antrag: Die Linke, GRÜNE, Volt

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	28.04.2026	26	Ö	Kenntnisnahme
Haupt- und Finanzausschuss	09.06.2026	3	Ö	Behandlung

Mit dem Ziel, zur Reduzierung des CO₂-Fußabdruckes und der Entlastung planetarer Grenzen beizutragen und gleichzeitig eine gesunde Ernährungsweise zu fördern, beschließt der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe, den Plant Based Treaty¹ nach dem Vorbild von über 45 anderen Städten weltweit zu unterzeichnen und durch folgende Maßnahmen zu unterstützen:

- Die Stadt verpflichtet sich, das Angebot pflanzenbasierter Speisen bei öffentlichen Sitzungen und Veranstaltungen auf mindestens 70 % zu erhöhen.
- Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeiten zur stärkeren Berücksichtigung pflanzlicher Produkte in Anlehnung an die Empfehlungen des Plant Based Treaty und legt den Mitgliedern des Gemeinderats einen Vorschlag zur entsprechenden Überarbeitung der Beschaffungs- und Catering-Richtlinien der Stadt vor.
- Alle von der Stadt Karlsruhe betriebenen Einrichtungen, einschließlich Schulen und Freizeiteinrichtungen werden dazu aufgefordert, die Verfügbarkeit und Qualität erschwinglicher pflanzenbasierter Mahlzeiten kontinuierlich zu verbessern.
- Die Darstellung der Mahlzeiten in den Kantinen öffentlicher Einrichtungen soll so geändert werden, dass pflanzenbasierte Optionen immer zuerst aufgeführt und als „klimafreundliches Essen“ gekennzeichnet werden. Bei Kantinen, über die die Stadt nicht direkt bestimmen kann, die aber mit der Stadt verbunden sind, wirbt die Stadt ebenfalls für eine entsprechende Darstellung.
- Es wird eine öffentliche Mitteilung herausgegeben, in der die Unterstützung des Plant Based Treaty sowie die Gründe dafür erläutert werden. Dies soll sowohl über Printmedien als auch über verschiedene Social-Media-Kanäle an unterschiedliche Zielgruppen gerichtet werden.
- Dieser Antrag wird an Karlsruhes Partnerstädte weitergeleitet mit der Einladung, ebenfalls die Plant Based Treaty-Initiative zu unterstützen.

¹ <https://plantbasedtreaty.org/the-pbt/> (Aufruf 17.03.26)

Sachverhalt und Begründung:

Die Stadt Karlsruhe befindet sich mit der Verbindlichkeit der DGE-Standards in der Schulverpflegung bereits auf dem Weg einer nachhaltigen Ernährungswende. Darauf aufbauend kann die Stadt Karlsruhe durch die Initiative des Plant-Based-Treaty die gezielte Förderung des Konsums pflanzenbasierter

Lebensmittel in ihren öffentlichen Einrichtungen vorantreiben und so einen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise, der Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und der Verringerung konsumbezogener Emissionen innerhalb und außerhalb der Stadtgrenzen leisten. Damit kann Karlsruhe als erste Stadt in Deutschland den Plant-Based-Treaty unterzeichnen und Pionierin für eine lokale Ernährungswende werden.

Mit dem Klimaschutzprogramm 2023 hat sich Deutschland verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 % gegenüber 1990 zu senken und bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Laut dem Emissions-GAP-Report 2024 des UNEP würde die Fortführung der derzeitigen richtlinienbasierten Minderungsmaßnahmen die Erderwärmung mit einer Wahrscheinlichkeit von 66 % auf maximal 3,1 °C bis Ende des Jahrhunderts begrenzen, wobei eine 10%ige Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Erwärmung 3,6 °C überschreitet. Dies zeigt, dass die bisherigen Anstrengungen unzureichend sind, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, und dass dringend ambitioniertere Maßnahmen erforderlich sind. Nach Angaben des Umweltbundesamtes entfallen 76 % der Methanemissionen in Deutschland auf die Landwirtschaft. Innerhalb dieses Sektors ist die Tierhaltung die Hauptquelle dieses besonders klimaschädlichen Treibhausgases. Das globale Ernährungssystem ist der wichtigste Treiber des rasanten Biodiversitätsverlusts – ein Trend, der sich ohne eine agrarische Wende weiter beschleunigen wird. Hauptursache sind die enormen Flächenansprüche der Tierhaltung und die damit verbundene Zerstörung von Ökosystemen.

Weltweit beginnen Länder und Städte, konsumbezogene Emissionen zu berücksichtigen. Dadurch steigen die Emissionen, die Städten zugerechnet werden, erheblich – mit Lebensmitteln als einem der größten Faktoren. Damit wächst die Bedeutung von Konsum und Ernährung, was verdeutlicht, dass Städte die ökologischen Auswirkungen ihrer Ernährungsmuster stärker in den Blick nehmen müssen. Aus diesen Gründen wird es deshalb zunehmend dringlich, die zentrale Rolle des Ernährungssystems bei den Treibhausgasemissionen anzuerkennen. Eine internationale Initiative für einen Plant Based Treaty wird derzeit weltweit vorangetrieben und verfolgt folgende Ziele:

- ein gesundes und nachhaltiges pflanzenbasiertes Ernährungssystem zu fördern
- die immer weiter zunehmende Ausweitung der tierischen Landwirtschaft weltweit zu stoppen.
- kritische Ökosysteme im Einklang mit dem globalen Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, wiederherzustellen.
- durch sozial-gerechte Übergangspläne zur Eindämmung der Klimakrise beizutragen.

Eine Ernährungsumstellung hin zu pflanzlicher Kost trägt nicht nur zur Bewältigung ökologischer Herausforderungen bei, sondern verbessert auch die öffentliche Gesundheit. Aus Daten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) geht hervor, dass der durchschnittliche Fleischverzehr in Deutschland mit rund einem Kilogramm Fleisch- und Wurstwaren pro Person und Woche noch immer deutlich über dem von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) empfohlenen Höchstwert liegt. Ein hoher Konsum von rotem und verarbeitetem Fleisch erhöht das Risiko, an Darmkrebs, Brustkrebs oder Typ-2-Diabetes mellitus zu erkranken. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind die häufigste Todesursache in Deutschland und machen rund 40 % aller Todesfälle aus. Die Ernährung spielt eine entscheidende Rolle bei der Entstehung und Prävention dieser Krankheiten.

Da pflanzliche Lebensmittel einfacher zu lagern sind und eine längere Haltbarkeit haben, trägt ihre Förderung außerdem zur Verringerung von Lebensmittelverschwendung bei. Eine Umstellung auf pflanzenbasierte Speisen bei städtischen Veranstaltungen ist weniger kostenintensiv als das bisherige Angebot und erleichtert die Bereitstellung erschwinglicher, nahrhafter und vollwertiger Mahlzeiten in kommunalen Einrichtungen. Darüber hinaus würde eine stärkere Beschaffung und Einlagerung beispielsweise von Hülsenfrüchten die Ernährungssouveränität Karlsruhes und die Resilienz in Krisenzeiten stärken.

Unterzeichnet von:

Tanja Kaufmann

Anne Berghoff

Ivo Dujmović

Jorinda Fahringer

Fabian Gaukel

Adina Geißinger